

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE  
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

04.09.2019

## DGB-Fachgespräch mit dem Berliner Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz Für einen starken öffentlichen Dienst

Am 3. September 2019 diskutierten DGB-Gewerkschafter aus Berlin mit dem Senator für Finanzen, Dr. Matthias Kollatz und dem Abteilungsleiter IV aus der Senatsverwaltung für Finanzen, Martin Jammer, über die aktuelle Situation des öffentlichen Dienstes in Berlin. Grundlage für das Gespräch war das kürzlich dazu vom DGB Berlin-Brandenburg veröffentlichte Positionspapier. Mit dabei in der Gesprächsrunde waren u. a. Francisca Bier, Vorsitzende der ver.di Fachkommission Steuerverwaltung, ihr Stellvertreter, der stellvertretende GPR-Vorsitzende Jörg Bewersdorf sowie die Vorsitzende des HPR, Daniela Ortmann. Durch die Diskussion führte Sonja Staack, die stellvertretende DGB-Vorsitzende, die auch gleich einen großen Themenstrauß für das rund zweistündige Gespräch ausbreitete. Der Personalaufbau in Berlin wurde ebenso erörtert wie die aktuelle Situation hinsichtlich des Verzichtes Berlins auf sachgrundlose Befristungen. Und natürlich standen auch die Bezahlung, die Raumsituation und der Entwurf des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) auf der Tagesordnung.



v. l. n. r.: Daniela Ortmann, Sonja Staack, Dr. Matthias Kollatz

Jörg Bewersdorf machte in dem Gespräch deutlich, dass die für den Herbst 2020 geplante Ballungsraumzulage keinesfalls in die Berechnung, ob Berlin in der Besoldung den Durchschnitt der anderen Bundesländer erreicht hat, einfließen darf. Der Senator sicherte zu, dass dies keinesfalls geschehen werde und 2021 die Besoldungsdifferenz durch eine seriöse Berechnung ermittelt und zum 1. Januar 2021 ausgeglichen werden soll. Daniela Ortmann wies noch einmal darauf hin, dass aus Sicht der DGB-Gewerkschaften auch die Bundesbesoldung in die Durchschnittsberechnung einbezogen werden müsste.

Dr. Matthias Kollatz verwies auf den Plan, die Ballungsraumzulage in eine „Ticket-Komponente“ und eine „Bar-Komponente“ aufzuteilen. Grundsätzlich sollen die

Beschäftigten dabei ein ÖPNV-Jobticket mit allen aktuellen Rabatten für den Tarifbereich AB erhalten, das nicht versteuert werde und den Rest als zusätzlichen zu versteuernden Zahlbetrag. Die Ticket-Komponente könnte aber auch abgewählt werden. Dann würden die gesamten 150 Euro ausgezahlt, aber auch voll versteuert werden. Jörg Bewersdorf regte mit Blick auf die vielen Pendler aus dem Umland an, dass wahlweise auch ein Ticket des Tarifbereichs ABC zur Verfügung gestellt werden sollte. Der Senator stimmte diesem Bedarf zu und werde prüfen lassen, wie dies umgesetzt werden könne.

Der Finanzsenator wies im Rahmen des Gespräches auch darauf hin, dass 2014 ein Umdenken im Senat stattgefunden habe und seither trotz des erfolgten Ausgleichs der altersbedingten oder sonstigen Personalabgänge ein Personalaufbau von ca. 10.000 zusätzlichen Beschäftigten erfolgt sei. Allein in 2018 seien rd. 9.000 Neueinstellungen erfolgt, erklärt Dr. Matthias Kollatz mit einigem Stolz. Die Gewerkschaften erkannten die Bemühungen des Senats durchaus an, jedoch nicht ohne darauf hinzuweisen, dass der DGB in einem entsprechenden Papier im Jahre 2013 genau dieses Umdenken als alternativlos gefordert hatte. Daniela Ortmann machte an dieser Stelle noch einmal deutlich, dass es auch eines spürbaren Aufbaus der Personalstellen bedarf, um ein zügiges Ausschreibungs-, Auswahl- und Stellenbesetzungsverfahren überhaupt realisieren zu können.

Aus Sicht der Gewerkschafter müssen allerdings auch die räumlichen Bedingungen mit dem Personalaufwuchs Schritt halten. Die HPR-Vorsitzende Daniela Ortmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich dieses Problem allein durch vermehrte Telearbeit und mobile Arbeit nicht lösen lasse. Sie wiederholte noch einmal die ganz klare Haltung des HPR, Arbeitsschutz müsse vor Denkmalschutz gehen. Der Senator wies in diesem Zusammenhang darauf hin, es sei sehr hilfreich, wenn die Gewerkschaftsseite deutlich mache, dass ein schönes aber nicht nutzbares Gebäude nicht das sei, was die Stadt Berlin jetzt brauche.

Auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaftsjugend machten gegenüber dem Senator deutlich, dass es nicht ausreiche, mehr Auszubildende einzustellen, sondern auch die Ausbildungsbedingungen und –inhalte verbessert und für Dozentinnen und Dozenten attraktivere Bedingungen geschaffen werden müssten. In alle Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssten zudem uneingeschränkt auch die Auszubildenden einbezogen werden. Der Finanzsenator stimmte diesen Aussagen grundsätzlich zu. Der Senat habe quantitativ begonnen. Nun müsse auch die Qualität erhöht werden. „*Da ist noch Luft nach oben*“, so Matthias Kollatz zum Abschluss des Gesprächs.

